

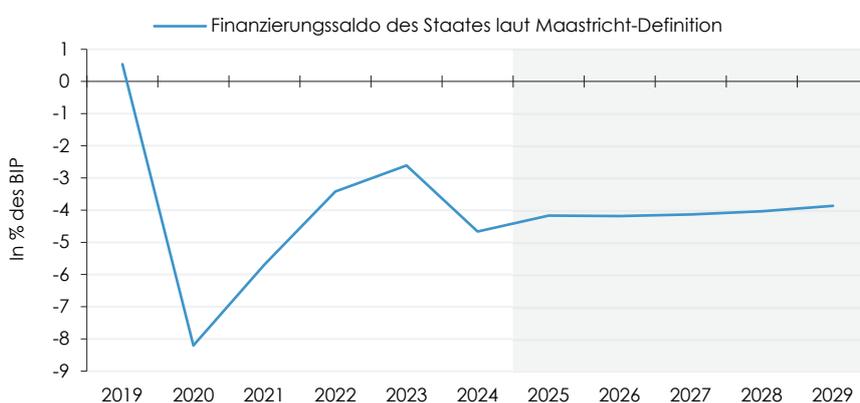
# Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck

## Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Simon Loretz, Hans Pitlik

- Die Budgetnotifikation vom März 2025 weist für 2024 ein Maastricht-Defizit von 4,7% des BIP aus und signalisiert einen drastisch gestiegenen Konsolidierungsbedarf.
- Das Regierungsprogramm enthält Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen, deren Umfang und Konkretisierung teils noch offen sind.
- Die mittelfristige Budgetprojektion des WIFO unterstellt ein "No-Policy-Change"-Szenario und berücksichtigt daher keine zusätzlichen, zum Stichtag 14. April 2025 noch nicht bekannten Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des geplanten Doppelbudgets 2025/26. Die Projektion ist insofern ein Referenzpfad, um finanzpolitische Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen.
- Ohne weitere Konsolidierung würde das gesamtstaatliche Defizit bis 2029 bei rund 4% des BIP verharren; die Schuldenquote stiege auf über 90% der Wirtschaftsleistung.
- Um die fiskalische Stabilität dauerhaft zu sichern, sind strukturelle Reformen erforderlich.

### Finanzierungssaldo des Staates



**"Die von der Bundesregierung bis Mitte April angekündigten Maßnahmen zur Budgetsanierung werden nicht ausreichen, um das gesamtstaatliche Defizit nachhaltig zu senken. Ohne weitere Schritte läge der Saldo in allen Prognosejahren nahe bei -4% des BIP und damit deutlich über der Maastricht-Grenze."**

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird mit den bis Mitte April 2025 geplanten Einsparungen, Einnahmen- und Offensivmaßnahmen im laufenden Jahr nur leicht von -4,7% auf -4,2% des BIP reduziert. Ohne weitergehende Konsolidierungsschritte wird sich das Defizit auch mittelfristig nur sehr langsam auf 3,9% des BIP (2029) verringern (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung unter Verwendung der Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024).

# Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck

## Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Simon Loretz, Hans Pitlik

### Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029

Die mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 zeigt einen anhaltend hohen Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Bleibt es bei den bis Mitte April 2025 konkretisierten Maßnahmen zur Budgetsanierung, so läge das gesamtstaatliche Defizit in allen Prognosejahren nahe bei 4% des BIP und somit deutlich über der Maastricht-Grenze. Die im Regierungsprogramm avisierten Konsolidierungsvolumina würden 2025 und 2026 voraussichtlich verfehlt. Ohne ambitionierte Reformen zur Hebung von Effizienzpotenzialen auf allen staatlichen Ebenen stiege die Staatsschuldenquote bis 2029 auf über 90% des BIP. Die Projektion unterstellt ein hypothetisches "No-Policy-Change"-Szenario und berücksichtigt keine möglichen zusätzlichen Maßnahmen im geplanten Doppelbudget 2025/26.

### Public Finances Under Substantial Consolidation Pressure. Medium-term Budget Projection 2025 to 2029

The medium-term budget projection for 2025 to 2029 indicates a persistently high need for fiscal consolidation in Austria's public finances. If the consolidation measures concretised by mid-April remain unchanged, the general government deficit would remain close to 4 percent of GDP throughout the projection period, thus clearly exceeding the Maastricht threshold. The targeted consolidation volumes set out in the government programme are unlikely to be achieved in 2025 and 2026. Without ambitious reforms to improve efficiency across all levels of government, the debt-to-GDP ratio would rise to over 90 percent by 2029. The projection assumes a hypothetical "no policy change" scenario and does not account for any potential additional measures in the planned 2025-26 dual-year budget.

**JEL-Codes:** E30, H12, H70 • **Keywords:** Öffentliche Haushalte, Österreich

**Begutachtung:** Gabriel Felbermayr, Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 14. 4. 2025

**Kontakt:** Simon Loretz ([simon.loretz@wifo.ac.at](mailto:simon.loretz@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at))

## 1. Ausgangslage nach der Budgetnotifikation im Frühjahr 2025

**Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit fiel 2024 mit 22,5 Mrd. € bzw. 4,7% des BIP unerwartet hoch aus.**

**Zum Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits trug die Bundesebene den wesentlichen Anteil bei. Allerdings sind auch die Defizite der anderen staatlichen Teilspektoren angestiegen.**

Im Jahr 2024 wies Österreich ein gesamtstaatliches Maastricht-Defizit von 22,5 Mrd. € bzw. 4,7% des BIP auf – der höchste Wert seit dem Pandemiejahr 2020. Wenngleich sich das Verfehlen des Defizitzieles von höchstens 3% der Wirtschaftsleistung bereits im Jahresverlauf 2024 abgezeichnet hatte (Glocker & Ederer, 2024), fiel die Budgetnotifikation vom Frühjahr 2025 unerwartet negativ aus. Gleichzeitig erreichte die Staatsverschuldung einen Stand von 394,1 Mrd. € bzw. 81,8% des BIP. Das hohe gesamtstaatliche Defizit und die erhebliche Zunahme der Staatsschuld im Jahr 2024 spiegeln nicht nur die Rezession<sup>1)</sup> wider, sondern sind auch die Folge der Inflationsindexierung von staatlichen Personalausgaben, Pensionen und Sozialleistungen sowie stark steigender Zinszahlungen. In zunehmendem Maße tragen außerdem strukturelle Ausgabentreiber, vor allem die demografische Alterung und die

Erfordernisse der Klima- und Sicherheitspolitik, zur budgetären Schieflage bei. Einnahmenseitig belasten die Abschaffung der kalten Progression sowie die Senkung der Körperschaftsteuer die Haushalte der Gebietskörperschaften. Die angespannte Budgetsituation ist zudem den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie sowie der umfangreichen Maßnahmen zur Abfederung der Inflations- und Energiepreiskrise geschuldet.

Das hohe gesamtstaatliche Defizit 2024 ist zwar primär auf den negativen Finanzierungssaldo der Bundesebene zurückzuführen, der sich auf –17,1 Mrd. € bzw. –3,5% des BIP belief<sup>2)</sup>. Allerdings trugen auch die anderen Teilspektoren des Staates mit insgesamt 5,4 Mrd. € (1,2% des BIP) nicht unerheblich zur Neuverschuldung bei, wobei allein auf Wien 1,6 Mrd. €, auf den übrigen Gemeinde-sektor rund 1 Mrd. € und auf die Bundes-

<sup>1)</sup> Die Konjunktur trübte sich im Jahresverlauf 2024 deutlich ein: Laut vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2024 um 1,2%.

<sup>2)</sup> Davon entfielen immerhin 2,5 Mrd. € auf außerbudgetäre Bundeseinheiten. Der Maastricht-Saldo ist auch belastet durch die Berücksichtigung von Sonderzahlungen aus der Abrechnung von Vordienstzeiten in Höhe von 0,8 Mrd. €.

länder (ohne Wien) 2 Mrd. € entfielen. Die Sozialversicherungsträger wiesen ein Defizit von 0,8 Mrd. € aus. Der Anstieg des Defizits um 10,1 Mrd. € gegenüber 2023 war im Wesentlichen auf den Teilssektor Bund (+8,2 Mrd. €) sowie auf die Länder ohne Wien (+1,4 Mrd. €) zurückzuführen; das Defizit

der Stadt Wien erhöhte sich um 0,4 Mrd. €. Der Finanzierungssaldo des Gemeindefektors (ohne Wien) verbesserte sich hingegen marginal um 40 Mio. €, während der Sozialversicherungssektor um 130 Mio. € schlechter bilanzierte.

### Übersicht 1: Finanzierungssaldo und Schuldenstand des Gesamtstaates und der Teilssektoren

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Mrd. €					
<b>Finanzierungssaldo</b>						
Sektor Staat, insgesamt	2,12	- 31,20	- 23,13	- 15,33	- 12,38	- 22,48
Bundesebene	1,48	- 28,13	- 21,01	- 17,58	- 8,85	- 17,07
Landesebene (ohne Wien)	0,62	- 2,07	- 1,82	1,88	- 0,58	- 2,02
Wien	0,11	- 0,66	- 1,03	0,23	- 1,26	- 1,61
Gemeindeebene (ohne Wien)	- 0,28	- 0,39	0,61	0,66	- 0,99	- 0,95
Sozialversicherungsträger	0,20	0,05	0,12	- 0,51	- 0,70	- 0,83
	In % des BIP					
Sektor Staat, insgesamt	0,5	- 8,2	- 5,7	- 3,4	- 2,6	- 4,7
Bundesebene	0,4	- 7,4	- 5,2	- 3,9	- 1,9	- 3,5
Landesebene (ohne Wien)	0,2	- 0,5	- 0,4	0,4	- 0,1	- 0,4
Wien	0,0	- 0,2	- 0,3	0,1	- 0,3	- 0,3
Gemeindeebene (ohne Wien)	- 0,1	- 0,1	0,2	0,1	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2
	Mrd. €					
<b>Schuldenstand</b>						
Sektor Staat, insgesamt	281,0	316,4	334,7	351,1	371,5	394,1
Bundesebene	242,3	273,7	289,2	306,9	323,6	341,2
Landesebene (ohne Wien)	21,3	22,7	24,5	23,8	25,4	27,5
Wien	7,2	8,3	9,9	9,6	10,9	12,7
Gemeindeebene (ohne Wien)	9,1	9,7	9,8	9,9	10,4	11,4
Sozialversicherungsträger	1,0	2,0	1,3	0,9	1,2	1,3
	In % des BIP					
Sektor Staat, insgesamt	71,0	83,2	82,4	78,4	78,5	81,8
Bundesebene	61,2	72,0	71,2	68,5	68,4	70,8
Landesebene (ohne Wien)	5,4	6,0	6,0	5,3	5,4	5,7
Wien	1,8	2,2	2,4	2,2	2,3	2,6
Gemeindeebene (ohne Wien)	2,3	2,5	2,4	2,2	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	0,3	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria.

Die Interpretation sektoraler Salden stößt aufgrund des verflochtenen Finanzausgleichssystems allerdings an Grenzen, da innerstaatliche Finanztransfers die Budgetergebnisse der Teilssektoren wechselseitig bedingen. Bundesländer und Gemeinden finanzieren sich in hohem Maße durch Anteile an gemeinschaftlichen Abgaben sowie durch Transfers und Zuschüsse, die im Ergebnis den Saldo der Bundesebene verschlechtern. So führten 2024 die im Finanzausgleich vereinbarten Maßnahmen (Bittschi et al., 2024) in den Bereichen Elementarbildung, Gesundheit und Pflege zwar zu Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden, denen

jedoch ein empfindlicher Ausgabenanstieg, vor allem im Personalbereich, gegenüberstand. Die gesamtstaatlichen Personalausgaben wuchsen 2024 um 10,0% gegenüber dem Vorjahr, wobei das Wachstum in den Bundesländern (+11,1%) und Gemeinden (+11,2%) überdurchschnittlich ausfiel. Vor diesem Hintergrund ist der Konsolidierungsbedarf nicht ausschließlich ein Problem der Bundesfinanzen. Die Haushalte der Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger stehen angesichts strukturell bedingt dynamisch wachsender Ausgabenbedarfe (Pitlik et al., 2018; Loretz & Pitlik, 2024) gleichermaßen unter erheblichem Anpassungsdruck.

## 2. Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen im Regierungsprogramm

Nach den im Februar 2025 abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen legte die neue Dreier-Koalition einen Konsolidierungsplan vor, mit dem das drohende Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gemäß den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU abgewendet werden sollte. Angesichts der unerwartet schlechten Haushaltslage und des noch weiter angestiegenen Konsolidierungsbedarfes ist dieses Ziel jedoch kaum mehr erreichbar.

**Das angekündigte Konsolidierungspaket der Bundesregierung erreicht voraussichtlich nicht das angestrebte Einsparvolumen.**

Das angekündigte Konsolidierungspaket soll 2025 ein Volumen von 6,3 Mrd. € und 2026 von 8,7 Mrd. € erreichen. Im Budgetsanie- rungsmaßnahmengesetz wurden primär ein- nahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert. Weitere, oft noch nicht im De- tail ausformulierte Maßnahmen wurden in ei- nem Ministerratsvortrag angekündigt. Die geplanten Einsparungen in den Bundesmini- sterien werden im Rahmen des Doppelbud- gets 2025/26, das Mitte Mai 2025 vorgelegt werden wird, konkretisiert. Insbesondere auf der Ausgabenseite mangelt es jedoch viel- fach an einer hinreichenden Konkretisierung und Quantifizierung der geplanten Einspa- rungen. Die Einschätzungen des WIFO zum tatsächlich realisierbaren Einsparvolumen und zum zeitlichen Horizont der Umsetzung weichen zum Teil deutlich von den Annah- men im Regierungsprogramm (Bundeskanzle- ramt, 2025) ab.

Auf der Ausgabenseite wirken im laufenden Jahr vor allem die Abschaffung des Klimabonus (-1,9 Mrd. €), geplante Kürzun- gen und Effizienzsteigerungen bei Förderun- gen (-0,9 Mrd. €) sowie Einsparungen durch

die Reduktion von Sachausgaben in den Bundesministerien konsolidierend. Letztere dürften 2025 jedoch nur die Hälfte des an- gestrebten Einsparvolumens erbringen; 2026 rechnet das WIFO mit einem Volumen von 1,1 Mrd. €, ab 2027 mit der vollen Wirksam- keit von 1,3 Mrd. €. Konsolidierungsbeiträge ergeben sich außerdem aus der Abschaf- fung der Bildungskarenz. Ab 2026 wird je- doch eine reformierte Ersatzregelung den dauerhaften Einspareffekt schmälern. In Summe über alle Maßnahmen ergeben sich im Jahr 2025 gemäß WIFO-Einschätzung aus- gabenseitige Konsolidierungseffekte in Höhe von 3,8 Mrd. €. Die erwarteten Einsparungen für 2026 belaufen sich auf 4,5 Mrd. €. Für die Folgejahre 2027 bis 2029 rechnet das WIFO mit einem weiterhin leicht wachsenden Ein- sparvolumen von bis zu 5,0 Mrd. € p. a.

Einnahmenseitig tragen 2025 geplante Son- derdividenden von Unternehmen im öffentli- chen Eigentum, eine auf zwei Jahre be- grenzte Erhöhung der Stabilitätsabgabe auf 0,5 Mrd. €, die Anhebung des Krankenversi- cherungsbeitrages für Pensionist:innen sowie die vorzeitige Abschaffung der Umsatzsteu- erbegünstigung für Photovoltaikanlagen zur Verbesserung des Finanzierungssaldos bei. Die ebenfalls akkordierte Nichtausschüttung des letzten Drittels der kalten Progression wird sich erst ab 2026 budgetär auswirken. Insgesamt ergeben sich den WIFO-Einschät- zungen zufolge Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. € im laufenden Jahr und 2,1 Mrd. € im Jahr 2026 (ohne Ökostromför- derbeitrag<sup>3)</sup>). Danach wird das einnahmen- seitige Konsolidierungsvolumen allmählich auf 2,4 Mrd. € im Jahr 2029 anwachsen.

Übersicht 2: Erwartete Budgetwirkung geplanter Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen

	2025	2026	2027	2028	2029	2025 bis 2029 Insgesamt
	Mrd. €					
<b>Konsolidierungsmaßnahmen</b>						
Ausgabenseitig	3,8	4,5	4,8	4,9	5,0	23,0
Einnahmenseitig	1,8	2,1	2,0	2,2	2,4	10,5
<b>Insgesamt</b>	<b>5,6</b>	<b>6,6</b>	<b>6,8</b>	<b>7,1</b>	<b>7,4</b>	<b>33,5</b>
<b>Offensivmaßnahmen</b>						
Ausgabenseitig	0,5	1,2	0,6	0,6		2,9
Einnahmenseitig	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>1,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>0,1</b>	<b>3,5</b>
<b>Saldowirkung (netto)</b>	<b>4,9</b>	<b>5,3</b>	<b>6,1</b>	<b>6,4</b>	<b>7,3</b>	<b>30,0</b>

Q: WIFO-Berechnungen.

In Summe ergibt sich für 2025 somit ein ge- schätztes budgetwirksames Konsolidierungs-

volumen von 5,6 Mrd. €. Damit bleibt das voraussichtlich realisierbare Volumen um

<sup>3)</sup> Die bereits zuvor vereinbarte Wiedereinhebung des 2023 und 2024 ausgesetzten Ökostromförderbeitrages generiert 2025 Einnahmen von etwa 0,7 Mrd. €, wird

aber nicht zu den Konsolidierungsmaßnahmen ge- zählt.

0,7 Mrd. € hinter den Ankündigungen zurück. Für 2026 wird ein Konsolidierungseffekt von 6,6 Mrd. € erwartet, der bis zum Jahr 2029 auf 7,4 Mrd. € ansteigt.

Neben den mehr oder weniger konkret formulierten Konsolidierungsvorhaben enthält das Regierungsprogramm Offensivmaßnahmen, die sowohl konjunkturstützend wirken als auch die Auswirkungen erforderlicher struktureller Reformprozesse sozialpolitisch abfedern sollen. Für viele dieser Offensivmaßnahmen sind aber keine Budgetmittel explizit ausgewiesen; zudem steht ihre Umsetzung ab 2027 häufig unter einem Finanzierungsvorbehalt. Ausgabenseitig betreffen die Maßnahmen vorrangig die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Soziales, Bildung und Gesundheit. Nach WIFO-Schätzungen belaufen sich die Kosten zunächst auf 0,5 Mrd. € (2025) bzw. 1,2 Mrd. € (2026) und schrumpfen in den Folgejahren auf 0,6 Mrd. € p. a. Einnahmenseitige Entlastungen, etwa die steuerfreie Mitarbeiterprämie oder neue Pauschalierungsregelungen für kleine und mittlere Unternehmen, summieren sich auf 0,1 Mrd. € bis 0,2 Mrd. €.

### 3. Projektion der budgetären Entwicklung 2025-2029

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird in den kommenden Jahren von der noch nicht überwundenen Konjunkturschwäche und vom Budgetsanierungspfad geprägt sein, der allerdings noch weiterer Adaptierungen bedarf, um dem europäischen Fiskalregelwerk Rechnung zu tragen. Hinzu kommt, dass die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit mit außergewöhnlich hohen zusätzlichen Unsicherheiten verbunden ist (Scheiblecker & Ederer, 2025; Baumgartner & Kaniovski, 2025). Insofern handelt es sich beim nachfolgend dargestellten Budgetpfad nicht um eine Prognose i. e. S., sondern vielmehr um eine Projektion der Entwicklung unter der technischen, jedoch unrealistischen Annahme, dass über die bis Anfang April 2025 vorgelegten Pläne hinaus keine weiteren Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gesetzt werden ("No Further Policy Change"). Weiters konnten ökonomische Rückwirkungen des Budgetpfades auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht abgebildet werden.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo würde sich unter den oben dargestellten Annahmen zu budgetären Einsparungen,

Unter Berücksichtigung dieser Offensivmaßnahmen reduziert sich der budgetäre Nettoeffekt auf den Finanzierungssaldo auf 4,9 Mrd. € (2025) bzw. 5,3 Mrd. € (2026). Für 2029 rechnet das WIFO mit einem Nettoentlastungseffekt von 7,3 Mrd. €. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass mit den zurzeit bekannten Maßnahmen weder im laufenden Jahr noch 2026 die avisierten Konsolidierungsvolumina von 6,3 Mrd. € bzw. 8,7 Mrd. € realisiert werden dürften.

Eine Reihe weiterer Politikankündigungen mit budgetären Auswirkungen konnten mangels ausreichender Informationen nicht oder nur unvollständig in die Projektionen integriert werden. Dazu zählt z. B. die avisierte Teilkompensation für die Abschaffung des Klimabonus zugunsten von Pendler:innen ab 2026. Der akkordierte Anstieg der Ausgaben für die Landesverteidigung bis auf 2% des BIP im Jahr 2032 findet sich (noch) nicht vollständig in der Budgetplanung. In der Projektion wurden höhere Ausgaben für militärische Beschaffungen von in Summe 6,4 Mrd. € über den Zeitraum 2025 bis 2029 berücksichtigt<sup>4)</sup>.

Einnahmen- und Offensivmaßnahmen im laufenden Jahr nur leicht von –22,5 Mrd. € (–4,7% des BIP 2024) auf –20,5 Mrd. € (–4,2% des BIP 2025) reduzieren. Der strukturelle Primärsaldo verbessert sich von –2,3% des BIP (2024) auf –1,4% des BIP, sofern die Sonderdividenden nicht als einmalige Einnahme gewertet werden. Um 2025 den Defizit-Zielwert von –3,0% zu erreichen, müsste zusätzlich zu den bereits berücksichtigten 5,6 Mrd. € ein Konsolidierungsbeitrag von weiteren 5,8 Mrd. € erbracht werden.

Für 2026 erwartet das WIFO in seiner hypothetischen Budgetprojektion, die keine Maßnahmen abbildet, wie sie sich aus dem Doppelbudget 2025/26 des Bundes sowie allfälligen Anpassungen der Länder und Gemeinden im laufenden Jahr ergeben könnten, ebenfalls einen Finanzierungssaldo von –4,2% der Wirtschaftsleistung. Zurückzuführen ist dies zum einen auf den Wegfall von Einmaleinnahmen aus Sonderdividenden sowie auf die angekündigten Offensivmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Abgaben, die zusammen ein Volumen von 1,4 Mrd. € errei-

**Angekündigte Offensivmaßnahmen schmälern die budgetären Konsolidierungswirkungen.**

**Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im laufenden Jahr nur geringfügig auf –4,2% des BIP verbessern. In den Folgejahren bis 2029 würde das Defizit ohne zusätzliche Maßnahmen zur Budgetsanierung nahe bei 4% des BIP liegen.**

<sup>4)</sup> Eine Ausweitung der Ausgaben für Landesverteidigung (gemäß COFOG-Systematik) von bis zu +1,5% des BIP über dem Referenzwert von 2,4 Mrd. € (Militärausgaben im Jahr 2021) bleibt bis 2028 von der Beurteilung des Budgetpfades durch die Europäische Kommission ausgenommen, sofern Österreich die neu geschaffene nationale Ausweichklausel für Militärausgaben aktiviert (Europäische Kommission, 2025). Damit sind die bereits von der Vorgängerregierung ge-

planten Mehrausgaben für vier Jahre bis 2028 von der Anwendung der Europäischen Fiskalregeln formell ausgenommen und könnten somit trotz der angespannten Budgetsituation umgesetzt werden. Auch für Mitgliedsländer mit deutlich angespannter Haushaltslage wird somit budgetäre Flexibilität ausschließlich für die Verteidigungsausgaben geschaffen. Kritisch dazu Guttenberg und Redeker (2025).

chen sollen. Zum anderen wirkt der bereits fi-  
zierte Lohn- und Gehaltsabschluss im öffentli-  
chen Dienst, der um 0,3 Prozentpunkte über

der rollierenden Inflationsrate liegen wird, als  
zusätzlicher Ausgabentreiber.

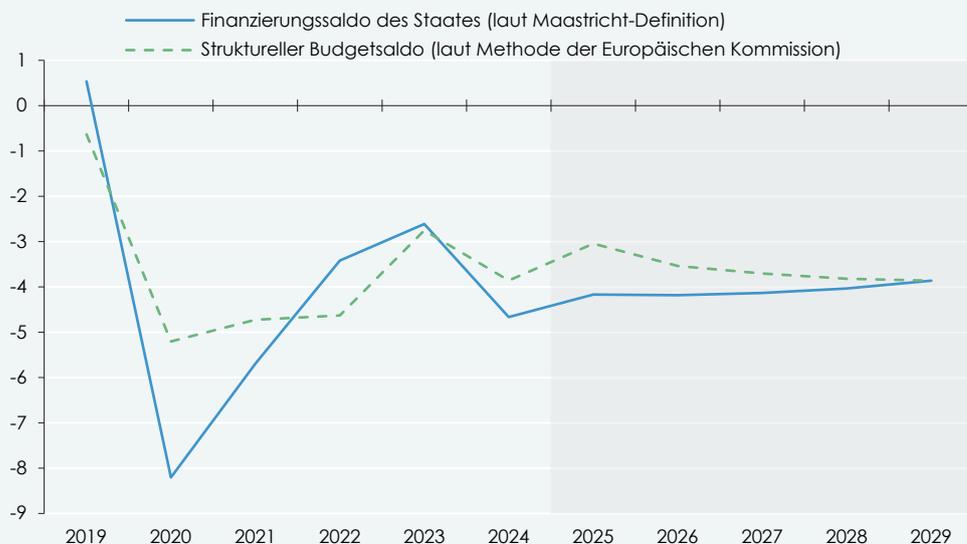
### Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Budgetprojektion

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	Ø 2020/ 2024	Ø 2025/ 2029
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition								
Mrd. €	-22,5	-20,5	-21,3	-21,7	-21,9	-21,6	-20,9	-21,4
In % des BIP	-4,7	-4,2	-4,2	-4,1	-4,0	-3,9	-4,9	-4,1
In % des BIP								
Staatsausgaben	56,3	56,4	56,3	56,1	56,0	55,9	55,1	56,1
Öffentlicher Konsum	22,2	22,3	22,1	22,0	21,9	21,9	21,3	22,0
Zinsausgaben	1,5	1,7	1,8	1,9	2,0	2,1	1,2	1,9
Staatseinnahmen	51,6	52,2	52,1	51,9	52,0	52,0	50,2	52,1
Abgabenquote <sup>1)</sup>	44,5	45,0	45,0	45,0	45,1	45,1	43,2	45,0
Struktureller Budgetsaldo								
Methode der Europäischen Kommission	-3,9	-3,0	-3,5	-3,7	-3,8	-3,9	-4,2	-3,6
Struktureller Primärsaldo	-2,3	-1,4	-1,8	-1,8	-1,8	-1,7	-3,0	-1,7
Staatsschuld	81,8	84,4	86,1	87,8	89,4	90,6	80,8	87,7

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Indikator 2, ohne EU-Abgaben.

Abbildung 1: Finanzierungssaldo des Staates und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung unter Verwendung der Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2024.

Ausgabenseitige Einsparmaßnahmen sollten sich ab 2027 in einem moderaten Rückgang des öffentlichen Konsums spiegeln. Der Anteil des Staatskonsums am BIP würde dadurch mittelfristig von 22,3% (2025) auf 21,9% des BIP (2029) sinken. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor ab dem Jahr 2027 nicht über die rollierende Inflationsrate hinaus gehen. Einsparungen der Bundesministerien bei den Sachausgaben sollten auch

bei Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern und außerbudgetären Einheiten zu einem restriktiven Budgetvollzug bei Ermessensausgaben führen. Des Weiteren unterstellt das WIFO in seiner Budgetprojektion, dass angekündigte oder sich in Umsetzung befindliche Reformschritte im Pensionsbereich – Einführung von Teilpensionen und Einschränkung der Korridor pension, Ausgestaltung der Altersteilzeit, Beschäftigungspaket für Ältere, sukzessive Anhebung des

Regelpensionsantrittsalters der Frauen – auch das faktische Antrittsalter schrittweise erhöhen werden, sodass der dynamische Anstieg der monetären Sozialleistungen etwas eingebremst wird. Die budgetentlastenden Effekte der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen werden jedoch auch

durch weiter ansteigende Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte, die 2024 bereits 1,5% des BIP erreichten, geschmälert. Der Zinsaufwand dürfte 2025 auf 1,7% des BIP steigen und bis 2029 2,1% der nominellen Wirtschaftsleistung erreichen.

## Revision der Budgetprognose und Budgetprojektion 2025

In der am 27. März 2025 veröffentlichten WIFO-Konjunkturprognose wurde für das laufende Jahr ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 3,3% des BIP erwartet. Diese Einschätzung basierte auf der Annahme, dass die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Budgetsanierung zu einer Verbesserung des Finanzierungssaldos um 0,8 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2024 führen würden. Für 2024 war ein (vorläufiges) Defizit von 4,1% des BIP angenommen worden. Am 31. März 2025 veröffentlichte Statistik Austria jedoch unerwartet deutlich ungünstigere Daten: Das Defizit für 2024 wurde auf 4,7% des BIP nach oben revidiert. Diese Korrektur ging mit umfassenden Revisionen der vierteljährlichen Daten zu den Staatsausgaben und -einnahmen einher und verschlechterte die budgetäre Ausgangslage für das laufende Jahr erheblich.

Auf Basis dieser neuen Ausgangswerte sowie einer überarbeiteten Einschätzung zur tatsächlichen Umsetzung der bis Anfang April bekannten Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen rechnet das WIFO nun für 2025 nur noch mit einer geringeren Reduktion des Budgetdefizits auf 4,2% des BIP – ein Rückgang um lediglich 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem neuen Referenzwert für 2024. Geschuldet ist diese Prognoserevision vor allem veränderten Einschätzungen zu den Einnahmen aus Sonderdividenden und dem Ökostromförderbeitrag sowie zur Umsetzung geplanter Einsparungen bei Förderungen, Ministeriumsausgaben und der Bildungskarenz. Im für Mai 2025 erwarteten Doppelbudget 2025/26 dürfte die Bundesregierung angesichts der verschlechterten Ausgangslage zusätzliche Sanierungsmaßnahmen ankündigen, die den künftigen Budgetpfad wesentlich mitbestimmen werden. Da diese Maßnahmen im April noch nicht bekannt waren, konnten sie in der vorliegenden Projektion nicht berücksichtigt werden.

Insgesamt zeigt die Projektion des Budgetpfades, die unter der – wenngleich wenig realistischen – Annahme erstellt wurde, dass es in Hinkunft keine weitergehenden Konsolidierungsschritte geben wird, somit eine nur schleppende Verbesserung des Finanzierungssaldos bis auf –3,9% des BIP (2029). Das Maastricht-Defizit würde somit ohne zusätzliche Maßnahmen zur Budgetsanierung in sämtlichen Prognosejahren deutlich über der 3%-Grenze liegen.

Die Staatsausgaben würden ohne ergänzende Maßnahmen nur sehr langsam von 56,4% (2025) auf 55,9% des BIP (2029) zurückgehen. Im Mittel der Jahre 2025 bis 2029 würde die Ausgabenquote bei 56,1% des BIP liegen und damit sogar den Durchschnitt des Zeitraums 2020/2024 (55,1%) übertreffen, in den die außerordentlichen Budgetbelastungen durch die COVID-19-Pandemie und die Inflations- und Energiekrise fielen. Die Staatseinnahmen, die im Vorjahr eine Höhe von 51,6% des BIP erreichten, dürften im Zuge der geplanten Budgetsanierung 2025 weiter auf 52,2% des BIP steigen und in den

Folgejahren nur geringfügig auf 52,0% zurückgehen. Die Abgabenquote (ohne EU-Abgaben) nimmt gemäß der Projektion von 44,5% (2024) auf 45,0% des BIP im Durchschnitt 2025/2029 zu, womit Österreich sowohl im EU-Vergleich als auch in der Gruppe der OECD-Länder weiter Spitzenplätze einnimmt<sup>5)</sup>.

Die Staatsschuldenquote, die 2023 noch 78,5% des BIP betragen hatte, könnte 2025 auf 84,4% und 2026 auf 86,1% der Wirtschaftsleistung ansteigen. Bei anhaltend hohen Primärdefiziten und einem schwachen BIP-Wachstum würden die Schulden ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen bis 2029 die Grenze von 90% des BIP überschreiten. Mit etwa 2% des BIP werden die daraus resultierenden Zinsbelastungen der öffentlichen Hand zwar noch immer deutlich unter den Werten der 1990er-Jahre (3½% bis 4%) liegen, der Anstieg verläuft jedoch dynamisch und ist überdies stark von Faktoren mitbestimmt, die außerhalb des direkten Einflussbereichs der Bundesregierung liegen.

## 4. Schlussfolgerungen

Angesichts der unerwartet ungünstigen Budgetnotifikation vom März 2025, des anhaltend eingetrübten gesamtwirtschaftlichen Ausblicks sowie wachsender budgetärer Herausforderungen – insbesondere bei Klimaschutz, Landesverteidigung, Pflege und Gesundheit – ist der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte in Österreich

weiterhin erheblich. Dabei geht es nicht allein um die Einhaltung der fiskalischen Vorgaben der EU und das mittlerweile kaum mehr vermeidbare Defizitverfahren, sondern primär um die Wiedererlangung und Wahrung der budgetpolitischen Handlungsfähigkeit in den kommenden Jahren.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu [https://taxation-customs.ec.europa.eu/taxation/economic-analysis/data-taxation-trends\\_en](https://taxation-customs.ec.europa.eu/taxation/economic-analysis/data-taxation-trends_en).

**Für eine fortgesetzte und nachhaltige Budgetsänierung sind strukturelle Reformmaßnahmen erforderlich, um die Ausgabendynamik auf allen staatlichen Ebenen einzubremsen.**

Die im Regierungsprogramm angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen stellen in diesem Kontext lediglich einen ersten, noch unzureichenden Schritt zur Budgetsänierung dar. Im Rahmen der laufenden Budgeterstellung sind weitere Maßnahmen ebenso zu erwarten wie die Konkretisierung bislang noch vage gehaltener Ankündigungen. Dringend erforderlich sind zusätzliche Schritte zur Eindämmung der Ausgabendynamik, insbesondere bei den Pensionen, in der Verwaltung (Personalkosten des Staates) sowie im Gesundheits- und Pflegebereich. Allein eine Pensionsanpassung und ein Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst um jeweils 1 Prozentpunkt unter der rollierenden Inflationsrate würden in Summe eine jährliche Einsparung von rund 1,3 Mrd. € erbringen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konjunkturschwäche und eines von hoher wirtschaftlicher und geopolitischer Unsicherheit geprägten Umfelds sind die potenziellen Rückwirkungen geplanter Sparmaßnahmen und Steueranpassungen auf Wachstum und Beschäftigung mit besonderer Sorgfalt abzuwägen. Eine Budgetkonsolidierung dämpft zumeist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, was in der Regel zu geringeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben bei steigender Arbeitslosigkeit führt. Ebenso dürfen kurzfristige Einsparungen im Bereich Klimapolitik nicht isoliert betrachtet werden.

Entscheidend ist, die langfristigen wirtschaftlichen und fiskalischen Kosten einer Verfehlung klimapolitischer Zielsetzungen in die Gesamtstrategie einzubeziehen.

Langfristig wirksam für eine Reduzierung der Ausgabendynamik wäre insbesondere eine umfassende Föderalismusreform, die nicht nur die Entflechtung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung zwischen den föderalen Ebenen anstreben müsste, sondern auch die deutliche Stärkung der Abgabenselbstverwaltung aller Gebietskörperschaften. Ziel einer solchen Reform wäre es nicht nur, Verwaltungsausgaben nachhaltig zu senken, sondern durch ein Mehr an budgetärer Eigenverantwortung auf allen Ebenen gezielt Anreize zur Hebung vorhandener Effizienzpotenziale in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen zu schaffen.

Außerdem sollte eine umfassende, effizienzorientierte Reform des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems angegangen werden. In Österreich ist die besonders wachstumsfeindliche Besteuerung des Faktors Arbeit sehr hoch; andere, weniger problematisch einzuschätzende Steuern, etwa auf Grund und Boden oder Erbschaften, sind dagegen sehr gering. Mit einer grundlegenden Reform ließen sich Wachstumsimpulse bei gleichzeitig sinkender Abgabenlast erzielen (vgl. Baumgartner et al., 2021).

## 5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2025). Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 179-190. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155801>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Loretz, S., & Streicher, G. (2021). Die Effekte von Steueränderungen unterschiedlicher Steuerarten für Österreich. Simulationsergebnisse in WIFO-Macromod und ADAGIO. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/14077631>.
- Bitschi, B., Famira-Mühlberger, U., Kletzan-Slamani, D., Klien, M., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2024). Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung. *WIFO-Monatsberichte*, 97(2), 29-41. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50687560>.
- Bundeskanzleramt (2025). *Jetzt das Richtige tun. Für Österreich*. Regierungsprogramm 2025-2029. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>.
- Europäische Kommission (2025). Communication from the Commission. Accommodating increased defence expenditure within the Stability and Growth Pact. C(2025) 2000 final. [https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0\\_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf](https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf).
- Glocker, C., & Ederer, S. (2024). Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 97(7), 363-379. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53312344>.
- Guttenberg, L., & Redeker, N. (2025). Für mehr Sicherheit: Warum und wie die EU die Fiskalregeln (noch einmal) reformieren sollte. *Wirtschaftsdienst*, 105(4), 243-248.
- Loretz, S., & Pitlik, H. (2024). *Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebungen. Eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50190036>.
- Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2023). Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027. *WIFO-Monatsberichte*, 96(12), 833-844. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49947293>.
- Pitlik, H., Klien, M., & Loretz, S. (2018). *Ausgabendynamik in den Budgets der Gebietskörperschaften im Lichte einer aufgabenorientierten vertikalen Finanzmittelverteilung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139992>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2025). Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 163-177. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155737>.